

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

11.04.2023

Inhalt

EWN

1 Störung in stillgelegtem AKW – das ergaben die Untersuchungen <i>MOZ.de (Märkische Oderzeitung), 06.04.2023</i>	3
2 LNG-Terminal: „Es nervt einfach nur“ <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 11.04.2023</i>	4
3 LNG-Terminal: Was wusste Schwesig? <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 08.04.2023</i>	6
4 RWE: AKW-Rückbau dauert 14 Jahre <i>junge Welt, 11.04.2023</i>	7
5 Wie bewahrt man Informationen für mehr als 500 Jahre? <i>n-tv.de, 08.04.2023</i>	8



MOZ.de (Märkische Oderzeitung) | 06.04.2023

dp

WEBLINK

Störung in stillgelegtem AKW – das ergaben die Untersuchungen

In dem stillgelegten Atomkraftwerk Rheinsberg ist es vor einem halben Jahr zu einer Störung in der Stromversorgung gekommen. Was dies für die Anwohner bedeutet.

Im stillgelegten Atomkraftwerk Rheinsberg ist es vor mehr als einem halben Jahr zu einer Störung an einer Stromversorgung gekommen.

Das teilte das zuständige Gesundheits- und Verbraucherschutzministerium, das die atomrechtliche Aufsicht hat, am Donnerstag mit. Der Zwischenfall im August 2022 habe Personal oder Umgebung nicht gefährdet. Das Atomkraftwerk Rheinsberg (Ostprignitz-Ruppin) wurde 1990 abgeschaltet und wird zurückgebaut.

Störung gilt als nicht meldepflichtig

Das Ministerium teilte mit: „Die Betreiberin des Kern-

kraftwerks Rheinsberg hatte die Störung zum damaligen Zeitpunkt durch Umschalten auf eine zweite redundante Stromversorgung behoben und das Ereignis als nicht meldepflichtig bewertet.“ Ende Februar sei das Ministerium erstmals über die Störung und über die Reparaturmaßnahmen informiert worden. Das Ereignis sei dann als meldepflichtig eingestuft worden.

Auf der internationalen Bewertungsskala Ines ist das Ereignis laut Ministerium in die Stufe null einzustufen. Die Skala zeigt der Öffentlichkeit die sicherheitstechnische Bedeutung eines Zwischenfalls an. Ereignisse, die mit null bewertet werden, haben keine oder nur eine sehr geringe Bedeutung.

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 11.04.2023 | S. 9

📄 Auflage: 9.110 | Reichweite: 20.202

👤 Mathias Otto

UMSTRITTENES GROßPROJEKT

LNG-Terminal: „Es nervt einfach nur“

Tausende Menschen stemmen sich am Karsamstag gegen das geplante und umstrittene Großprojekt vor Rügen

Gewaltiges Dröhnen und Brummen von LNG-Tankern: In der Ferne waren die Tanker zu sehen, vom Geräusch her ankerten sie nur wenige Hundert Meter vor der Rügenger Bäderküste. Aus den Lautsprechern kamen diese Geräusche, die an mehreren Orten am Strand aufgestellt wurden - aufgenommen von Terminals in Lubmin, Wilhelmshaven und Brunsbüttel und in Dauerschleife abgespielt.

„Es nervt einfach. Ich kann mir nicht vorstellen, wie man es aushalten soll, wenn man im Sommer entspannt am Strand liegen möchte. Rügen würde aus touristischer Sicht einen gewaltigen Schritt zurück gehen“, sagt Erik Hänsel. Er war aus Berlin gekommen, um das Aktionsbündnis „#RügenGegenLNG“ zu unterstützen. Dieses Bündnis ist ein Zusammenschluss von 37 Kommunen und Städten, Einwohnern, Bürgerinitiativen, Umweltverbänden sowie Besuchern und Gästen. Am Sonnabend waren mehrere Aktionen geplant, darunter eine Laser- und Videoinstallation sowie eine Tanzperformance mit Musik und eigens erstellter LNG-Choreografie.

Bildergalerie: Rügen protestiert gegen geplantes LNG-Terminal
Tausende Besucher kamen zur Bäderküste, um gegen das geplante LNG-Terminal zu protestieren. Zwei LNG-Tanker liegen vor Rügen. Mathias Otto
Menschen bilden am Strand von Binz auf der Insel Rügen eine Menschenkette als Protest gegen ein für die Insel vorgesehenes Flüssigerdgas-Terminal. Frank Hormann/Dpa
Geplant hatten die Initiatoren eine Menschenkette von Mukran im Nordosten bis nach Baabe weiter im Süden. Frank Hormann/Dpa
Tausende Menschen haben sich auf Rügen am Karsamstag zum Protest gegen die LNG-Pläne zusammengefunden. Mathias Otto
Linus Uhlendorf (13) von der Jugendfeuerwehr versorgte die Besucher mit Bratwürsten. Mathias Otto
Die Gruppe Performdance unterhielt die Besucher an der Seebrücke. Horst Schreiber
Amanda Isbarn und Sunna Mira Herklotz (Mitte) reihten

sich in der Menschenkette ein. Mathias Otto
Keine Lügen vor Rügen“, steht auf dem Banner von Soja (l.) und Gwendolin von Friday for Future Greifswald. Mathias Otto
Um 19 Uhr wurden die Osterfeuer am Binzer Strand entzündet. Mathias Otto
Laser- und Lichtinstallation an der Binzer Seebrücke. Mathias Otto

Menschen mit Koffern sorgten zu Beginn für viel Aufmerksamkeit vor der Binzer Seebrücke. Rund 20 Männer und Frauen mimten, dass sie verreisten. Sie tanzten vor und hinter ihren Koffern. Plötzlich rannten einige hin und her, andere zitterten oder bewegten sich hektisch.

„Was soll das, ich verstehe es nicht. Es sieht komisch aus, hat aber anscheinend eine tiefgründige Bedeutung“, sagte eine Besucherin, die sich das Treiben auf dem Seebrückenvorplatz ansah. Es war eine „Tanzinstallation mit Musik und eigens erstellter LNG-Choreografie“, wie es die Gruppe „Performdance“ aus Stralsund beschrieb. „Alle, die hier sind, haben das tiefe Anliegen, ihre Stimme, ihren Körper und ihre Hände zu zeigen, und dass sie verbunden sind mit dieser Gegend, der Landschaft und den Menschen, die hier leben. Mit den LNG-Terminals werden Entscheidungen getroffen, ohne die Bevölkerung zu fragen“, sagt Choreografin Dörte Bähr.

„Der Tanz soll dazu einladen, sich mit den Gefühlen zu verbinden, die durch das Thema LNG hervorgerufen werden - und sich emotional berühren zu lassen. Die Bilder, die wir mit unseren Körpern zeigen, die berühren irgendwas. Es geht darum, dass es eine Resonanz hat“, sagt Tänzerin Sunna Mira Herklotz. „Es geht dabei auch um die Lebenskreisläufe im Wasser und das Umkippen oder Zerschlagen dieser Lebendigkeit. Der Kreislauf wurde in diesem Tanz zerstört“, so Amanda Isbarn, eine weitere Tänzerin.

Geplant war zudem, eine Menschenkette von Mukran

über Prora, Binz, Sellin nach Baabe zu bilden. Aufgegangen ist der Plan zwar nicht, aber das Bündnis hatte es geschafft, Tausende Menschen an die Bäderküste zu locken. Mit dabei war etwa Ariane Jezek aus Putbus. „Man muss sich immer die Frage stellen: Wem nützt dieses LNG-Terminal? Die Abhängigkeit zu Russland wird umgekehrt in eine Abhängigkeit zu Amerika. Fakt ist: Solch ein Terminal hat vor Rügen nichts zu suchen“, sagt sie.

Gwendolin und Soja engagieren sich für Fridays for Future Greifswald. „Da LNG in unsere Region kommen soll, geht es uns selbstverständlich auch etwas an“, so Gwendolin. Es sei wichtig, ein Statement gegen das

LNG-Terminal zu setzen. „Vor allem da wir gegen langfristige fossile Infrastruktur sind, die dadurch unnötig neu geschaffen wird“, sagt sie und bezieht sich auf neue Studien. „Die besagen, dass für die Energiesicherheit dieses Mega-Terminal gar nicht mehr wichtig ist. Es wurden genug Kapazitäten geschaffen, dass man auch nicht Angst haben muss, dass wir plötzlich zu wenig Gas hätten.“

Zitat-Text:

”Studien besagen, dass für die Energie- sicherheit dieses Mega-Terminal gar nicht mehr wichtig ist.” - Gwendolin, Demonstrantin

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 08.04.2023 | S. 17

 Auflage: 26.542 | Reichweite: 70.189

 Andreas Meyer

NEUE DOKUMENTE AUS BERLIN

LNG-Terminal: Was wusste Schwesig?

Staatskanzlei will Pläne vor Rügen lange nicht gekannt haben / Dokumente belegen 13 Gespräche


Wusste Ministerpräsidentin Manuela Schwesig (SPD) schon seit 2022 von den Plänen, ein schwimmendes LNG-Terminal vor Sellin zu bauen? Hat sie dazu geschwiegen, bis die Proteste doch zu groß wurden? Diesen Verdacht legen zumindest neue Dokumente aus dem Bundeswirtschaftsministerium nahe. Die belegen, dass es bereits seit dem 31. März 2022 Gespräche über das Terminal zwischen Bund und Land gegeben hat. Seit Ende Mai 2022 unter Beteiligung von Schwesigs Staatskanzlei.

Nach wochenlangen Protesten gegen das Vorhaben vor Sellin hatte sich Mitte März 2023 plötzlich auch Schwesig gegen die Pläne der Bundesregierung und des Energiekonzerns RWE ausgesprochen. „Die technischen Lösungen müssen zum Tourismus, zur Natur und den Menschen passen“, so Schwesig. Mittlerweile geht sie noch weiter: „Die Bundesregierung muss überzeugend darlegen, dass ein weiteres Terminal wirklich gebraucht wird, um die Gasversorgung sicherzustellen.“

Diese Sätze lösten in der Berlin Irritationen aus. Schließlich hatte Schwesig selbst darauf gedrungen, dass auch in MV LNG-Standorte entstehen. Allerdings, so stellt es die Staatskanzlei dar, sei nur von einem Standort „auf hoher See“ gesprochen worden. „Beim Besuch von Bundesminister Habeck in Lubmin im September 2022 war nicht schon festgelegt, dass das

Gasterminal fünf Kilometer vor Sellin errichtet werden soll.“ Solche Aussagen erscheinen im Licht neuer Dokumente zumindest fragwürdig: Denn zwischen dem 24. Februar 2022 und dem 16. März 2023 gab es mindestens 13 Gespräche zwischen Bund und Land. Das geht aus den Antworten auf eine Kleine Anfrage des AfD-Bundestagsabgeordneten Leif-Erik Holm hervor. „Die Standortauswahl wurde ab Frühjahr 2022 umfassend diskutiert. Damit verbundene Konkretisierungen des Standortes verliefen in regelmäßiger Rückkopplung zwischen Bund und Land“, schreibt Staatssekretär Patrick Graichen in seiner Antwort an die AfD-Fraktion. Auch vom Standort Sellin müsste die Landesregierung also frühzeitig gewusst haben. Am 31. März 2022 hatte es ein erstes Gespräch zwischen Jörg Kukies, Staatssekretär im Ministerium von Robert Habeck (Grüne), und dem Schweriner Wirtschaftsministerium gegeben. Ab 20. Mai 2022 waren bei den Gesprächen auch Habeck und die Schweriner Staatskanzlei „mit im Boot“. Bis Mitte September folgen drei weitere Termine - alle mit Schwesigs Staatskanzlei und Habeck.

Die AfD sieht die Landesmutter in Erklärungsnot. „Man fragt sich, warum sie nicht von Anfang an Position gegen das Terminal vor Rügens touristisch bedeutsamer Ostküste bezogen hat“, so Holm. Er vermutet: „Erst der heftige Gegenwind von Rügen hat zum taktischen Schwenk geführt.“

 junge Welt | 11.04.2023 | S. 5 dpa WEBLINK

RWE: AKW-Rückbau dauert 14 Jahre

Lingen. Der Energiekonzern RWE rechnet nach Abschaltung des Atomkraftwerks Emsland im niedersächsischen Lingen am 15. April mit einer 14 Jahre dauernden ersten Rückbauphase einschließlich Nachbetrieb. Ein Konzernsprecher sagte gegenüber dpa am Montag, die Anlage werde im Jahr 2037 »nachweislich frei von jedweder Radioaktivität sein« und somit aus dem Geltungsbereich des Atomgesetzes

entlassen werden können. Im Anschluss daran erfolge dann der konventionelle Rückbau der Anlage. In der sogenannten Nachbetriebsphase eines Atomkraftwerks werden Brennelemente in ein Zwischenlager verbracht und erste Teile der Anlage abgebaut. Erst danach beginnt die eigentliche Stilllegungsphase. Dem Lobbyverband Kerntechnik Deutschland e. V. zufolge dauert dieser Abschnitt etwa vier bis fünf Jahre.



n-tv.de | 08.04.2023

Hubertus Volmer

WEBLINK

ATOMPRIESTER UND QUARZKRISTALLE

Wie bewahrt man Informationen für mehr als 500 Jahre?

Am 15. April gehen die letzten drei Kernkraftwerke in Deutschland vom Netz. Doch das Kapitel Atomenergie ist damit noch lange nicht zu Ende, der nukleare Abfall muss noch einen langen Zeitraum sicher gelagert werden.

Das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) hat den Auftrag, die Informationen über den deutschen Atommüll für mindestens 500 Jahre aufzubewahren, besser für eine noch deutlich längere Zeit. Die Aufgabe ist anspruchsvoll: Die Sprache wird sich verändern, die Gesellschaft wird sich verändern, und es ist völlig unklar, ob es überhaupt noch Staaten geben wird, die in der Lage sind, Archivbestände zu erhalten, sagt Jochen Ahlswede im Interview mit ntv.de.

ntv.de: Ihr Job beim Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung ist es unter anderem, dafür zu sorgen, dass aktuelles und künftiges Wissen zur Entsorgung radioaktiver Abfälle in Deutschland nicht verlorengeht. Um welche Zeiträume geht es da?

Jochen Ahlswede: Hochradioaktive Abfälle sind in Zeiträumen gefährlich für Menschen, Tiere und Umwelt, die nach menschlichem Ermessen unendlich sind. Das gesetzliche Ziel lautet, für diese hochradioaktiven Abfälle Sicherheit für einen Zeitraum von einer Million Jahre herzustellen. Und für mindestens fünfhundert Jahre soll es möglich sein, den radioaktiven Abfall aus dem verschlossenen Endlager zu bergen. Zu den Aufgaben des BASE gehört deshalb auch, möglichst alle Informationen für nachfolgende Generationen aufzubewahren, die mit den Fragen der Sicherheit des Endlagers zusammenhängen.

Wie viele Generationen betrifft das?

Die nächsten zwei bis drei Generationen werden damit zu tun haben, ein Endlager zu bauen, zu betreiben und

am Ende zu verschließen. Die nächsten zwanzig Generationen sollen die Möglichkeit haben, die Abfälle bergen zu können, falls dies notwendig oder erwünscht sein sollte - solange muss die Informationsweitergabe mindestens organisiert werden. Und wenn man an die eine Million Jahre denkt, die das Endlager sicher sein soll, dann geht es um 30.000 Generationen. Profitiert von der Atomkraft haben aber nur gut zwei Generationen.

Wer über 50 ist, hat vielleicht zuhause noch eine Floppy-Disk, mit der er nichts mehr anfangen kann - soll heißen, es kann schnell gehen, dass Datenspeicher veralten. Auf welchen Speichermedien wollen Sie die Informationen hinterlassen?

Informationen über einen so langen Zeitraum aufzubewahren, ist eine Aufgabe, die es in der Menschheitsgeschichte in dieser Form noch nicht gegeben hat. Die ältesten erhaltenen schriftsprachlichen Informationen der Menschheitsgeschichte sind Tontafeln mit Keilschrift. Die sind rund fünf- bis sechstausend Jahre alt. Wir müssen uns also etwas Neues überlegen. Klar ist, dass man dabei möglichst redundant vorgehen sollte.

Was bedeutet das?

Das heißt, Informationen auf möglichst unterschiedliche Art und Weise zu speichern, um Vor- und Nachteile von unterschiedlichen Speichermedien auszugleichen. Das BASE wird zum einen Papier verwenden, um Informationen für mehrere hundert, vielleicht bis zu tausend Jahre aufzubewahren - kein handelsübliches Papier, sondern eine Kombination aus speziellem Papier und Schreibstoff. Aber natürlich kann Papier beschädigt werden, zum Beispiel durch einen Brand. Wir werden deshalb auch digitale Speichermedien nutzen. Die haben den Vorteil, dass sie große Informationsbestände aufnehmen und leicht kopiert

werden können, zugleich aber den Nachteil, dass sie möglicherweise für nachfolgende Generationen nicht mehr lesbar sein werden. Meine BASE-Kolleg:innen werden sich auch anschauen, welche alternativen Medien es gibt. Beispielsweise könnte man Schrift auf Keramik auftragen oder spezielle Quarzkristalle verwenden, um dort Informationen zu speichern. Diese Materialien sind widerstandsfähiger als Papier und haben damit Vorteile, wenn Informationen über einen sehr langen Zeitraum erhalten werden sollen.

Und wo sollen diese Speichermedien aufbewahrt werden?

Unser gesetzlicher Auftrag sieht vor, die Informationen über das Endlager an mindestens zwei voneinander getrennten Orten aufzubewahren. Das BASE wird also Archive an mindestens zwei Orten in Deutschland einrichten - wo, das steht noch nicht fest.

Um was für Informationen geht es da?

Der Auftrag lautet, möglichst alle Informationen, die wichtig sein könnten, für mindestens fünfhundert Jahre zu speichern. Das betrifft etwa das Suchverfahren für ein Endlager und die Zusammensetzung über die radioaktiven Abfälle. Im Laufe der Zeit werden zahlreiche Informationen dazukommen, wenn es an den Bau, den Betrieb und den Verschluss des Endlagers geht. Aber natürlich kann man nicht damit rechnen, dass all diese Informationen für Hunderte oder Tausende von Jahren vollständig verfügbar bleiben. Deshalb werden wir die allerwichtigsten Informationen in einem "key information file" zusammenstellen: Was für Abfälle sind hier gelagert? Wie gefährlich sind sie? In welcher Tiefe lagern die? Diese Schlüsselinformationen werden wir an vielen Orten in der Bundesrepublik deponieren, sodass die Wahrscheinlichkeit maximiert wird, dass nachfolgende Generationen darauf zugreifen können. Eine Garantie dafür gibt es aber bei so langen Zeiträumen nicht. Wir wissen nicht, wie Gesellschaften sich entwickeln, wir wissen nicht, ob es Kriege geben wird, ob Grenzen verschoben werden, ob es überhaupt noch Staaten geben wird, die in der Lage sind, Archivbestände zu erhalten.

Wäre es nicht sinnvoll, solche Informationen auch international zu sammeln, mindestens auf europäischer Ebene?

Die nukleare Entsorgung liegt in der Verantwortung der Nationalstaaten. Aber in der Tat müssen wir, wenn wir ein Endlager in Betrieb nehmen - erst recht, wenn es in Grenznähe zu einem anderen Staat liegt -, darüber nachdenken, dass entscheidende Informationen nicht nur in einem Land gespeichert werden. Die Schlüsselinformationen beispielsweise soll-

ten auch international an verschiedenen Orten aufbewahrt werden.

Bei so langen Zeiträumen ist davon auszugehen, dass sich die Sprache verändert - das achthundert Jahre alte Nibelungenlied etwa ist für ein heutiges Publikum kaum noch verständlich.

Das stimmt. Wir werden daher wichtige Informationen in unterschiedlichen UN-Sprachen archivieren, um dieses Risiko abzumildern. Aber auch diese Sprachen werden sich verändern, und das kann noch schneller gehen als achthundert Jahre: Schon die fünfhundert Jahre alte Lutherbibel ist heute nicht mehr leicht zu verstehen. Wir müssen also unterschiedliche Wege gleichzeitig beschreiten - daher der Rückgriff auf mehrere Sprachen, in der Hoffnung, dass künftige Generationen Teile davon noch verstehen werden. Und wir werden nicht allein auf Schriftsprache setzen, sondern auch mit Symbolen arbeiten, die beispielsweise eine Gefährdung an einem Standort transportieren sollen.

Warum verschließt man die Endlager nicht einfach so, dass niemand mehr drankommt?

Das ist das Ziel der tiefengeologischen Endlagerung: Den gefährlichen Abfall durch Gesteinsbarrieren so einzukapseln, dass er nicht mehr zugänglich und die Biosphäre vor ihm geschützt ist. Die Geologie soll dauerhafte Sicherheit gewährleisten, damit die Lagerstätte nicht auf aktive Nachsorge durch Menschen angewiesen ist, die über so lange Zeiträume extrem unwahrscheinlich wird. Aber natürlich müssen wir mit der Situation rechnen, dass es ein unbeabsichtigtes Eindringen gibt, weil zum Beispiel an einem Standort versehentlich gebohrt wird. Das wollen wir mit der Informationsweitergabe verhindern. Und wir wollen es späteren Generationen ermöglichen, informierte Entscheidungen über den Umgang mit dem Atommüll zu treffen: Vielleicht wollen spätere Gesellschaften die nuklearen Abfälle anders entsorgen.

Warum fünfhundert Jahre, warum nicht vier- oder sechshundert?

Dieser Zeitraum ergibt sich daraus, dass der nukleare Abfall für fünfhundert Jahre bergbar sein soll: Künftige Generationen sollen möglichst noch intakte Behälter vorfinden, wenn mit diesen Abfällen vielleicht etwas anderes geschehen soll, oder weil man bemerkt, dass der Standort entgegen aller Sicherheitsanalysen doch nicht sicher genug ist. Daraus leiten wir ab, dass wir für mindestens diese fünfhundert Jahre die dafür notwendigen Informationen erhalten müssen. Aber wir wollen auch den Generationen danach so viele Informationen wie möglich hinterlassen.

Denken Sie auch darüber nach, dass die Menschheit in ein paar tausend Jahren vielleicht ausgestorben ist, aber Außerirdische kommen und die Endlager aufbohren könnten - also Wesen, die mit menschlicher Sprache und menschlichen Symbolen vermutlich nicht viel anfangen können?

Wir versuchen zwar möglichst viele Eventualitäten vorzusehen und zu berücksichtigen. Allerdings fehlen uns für dieses Szenario doch die Anhaltspunkte, so dass wir uns auf den Schutz von Mensch und Umwelt in der Umgebung des Endlagers konzentrieren.

Auf Ihrer Webseite findet man diesen kurzen Comicstrip von Jon Lomberg, der einen Mann zeigt, der sich in der Nähe eines radioaktiven Gegenstands aufhält und stirbt. Aber um die Bilder zu verstehen, muss man das Zeichen für Radioaktivität kennen, oder nicht?

Jedes solcher Bilder muss mit Symboliken arbeiten. Bei diesem beispielhaften Comicstrip aus den 1990er Jahren geht es darum, mit einfacher Bildsprache zu zeigen, dass an einem bestimmten Ort Material gelagert ist, das für Menschen gefährlich ist. Diese Bilder sind aber vor allem ein historisches Beispiel dafür, wie man Informationen weitertragen könnte. Heute gibt es international kein finales Konzept, mit dem sich die Staaten auf den Weg machen, um diesen Informationserhalt zu organisieren. Wahrscheinlich wird es auch nie die eine Idee geben, die alle Fragen löst.

Es gibt noch keine beschlossenen Warnschilder?

Nein, weltweit gibt es noch keine Warnschilder für Endlager - es gibt ja auch noch kein betriebsbereites Endlager für hochradioaktive Abfälle. Historisch gibt es ein paar Ideen, die immer wieder in Fachdiskussionen zu finden sind. Das geht zurück in die 1970er und 80er Jahre, als überlegt wurde, wie die Markierung eines Endlagerstandort aussehen könnte. Zum Beispiel gab es den Vorschlag, Endlager mit großen architektonischen Merkmalen zu versehen, etwa mit einem Feld aus riesigen Metaldornen, die man an der Oberfläche über dem Endlager aufstellt, damit sie eine abschreckende Wirkung haben.

Der amerikanische Atomsemiotiker Thomas Sebeok hat Anfang der 1980er-Jahre vorgeschlagen, eine "Atompriesterschaft" zu gründen, deren Aufgabe es wäre, das Wissen über die nukleare Strahlung zu bewahren. Für die Öffentlichkeit sollten die Atompriester eine Legende am Leben halten, der zufolge die Orte der Endlager gefährlich sind. Wird so etwas noch ernsthaft verfolgt?

Die Atompriesterschaft ist ein etwas skurril anmuten-

des Beispiel dafür, wie man den Informationserhalt organisieren kann. Die grundlegende Idee dahinter ist aber auch heute noch relevant: Sie geht davon aus, dass es nicht ausreicht, schriftliche Zeugnisse oder Symboliken in Archiven aufzubewahren, sondern dass wir für diesen Bewusstseinsverlust auch ein kulturell verankertes Wissen brauchen - ein lebendiges Wissen in der Gesellschaft, dass durch Menschen selbst weitergegeben wird und nicht nur auf Aktenbestände in irgendwelchen Lagern zurückzuführen ist. Darüber, wie man das optimal organisieren kann, wird immer noch diskutiert.

In den USA schlug die "Human Interference Task Force" in den 1980er Jahren vor, Endlager mit einem Monument an der Erdoberfläche zu markieren. An den drei Obelisken in der Mitte sollten Warnungen angebracht sein, sie sollten zudem Informationen über den radioaktiven Abfall enthalten.

Gibt es eine Schätzung, wie teuer die Speicherung der Informationen wird?

Im Moment arbeitet das Bundesumweltministerium mit unserer Unterstützung an einer Verordnung für die Langzeitdokumentation. Deshalb machen wir uns derzeit auch Gedanken darüber, wie groß der Aufwand sein wird. Aber eine finale Schätzung gibt es dazu noch nicht. Fünfhundert Jahre Informationserhalt zu organisieren, ist natürlich eine besondere Aufgabe mit wenig Vorbildern. Dies zeigt: Die Nukleartechnologie ist noch lange, nachdem das letzte Kernkraftwerk abgeschaltet wurde, mit Risiken und auch mit einem Ressourceneinsatz verbunden. Es dauert deutlich länger, das Atomzeitalter abzuwickeln, als die Kraftwerke selber am Netz waren.

Sie selbst sind Physiker und Politikwissenschaftler. Welche Ausbildung braucht man, um sich mit solchen Themen zu beschäftigen?

Was die Aufgaben der Langzeitdokumentation und der Atomsemiotik angeht, haben wir ein sehr interdisziplinäres Team, was die Arbeit besonders spannend macht: Da sind Geowissenschaftler:innen dabei, Informationswissenschaftler:innen und Archivwissenschaftler:innen. Digitale Informationsspeicherung spielt natürlich auch eine große Rolle, so dass wir auch Kolleg:innen haben, die sich speziell damit gut auskennen. Und ein Historiker leitet das Team.

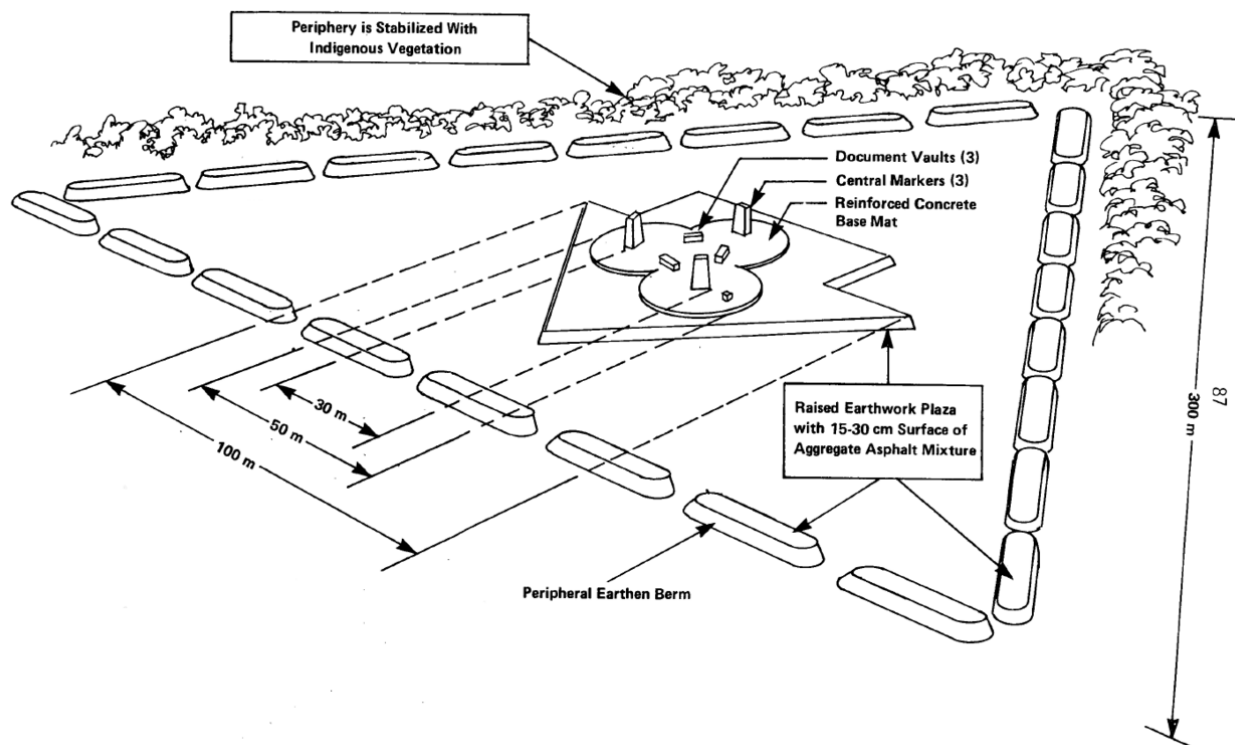
Den Homo sapiens gibt es überhaupt erst seit 300.000 Jahren. Macht Ihnen die Verantwortung, die Ihre Arbeit mit sich bringt, manchmal etwas Angst?

Angst macht die Verantwortung nicht. Wir haben hier

eine ziemlich einmalige Aufgabe, die fachlich hochinteressant ist. Natürlich muss allen bewusst sein, dass man die Ergebnisse der eigenen Arbeit im Zweifelsfall nicht miterleben wird. Das muss man aushalten können. Die Menschen, die hier arbeiten, wissen, dass sie sich auf eine sehr wichtige Aufgabe eingelassen haben, nämlich Sicherheit für kommende Generationen

zu schaffen. Wir stehen am Anfang einer Aufgabe, die andere Expertinnen und Experten weiter führen werden. Daran ändert auch der jetzt anstehende Atomausstieg nichts. Für uns beginnt die eigentliche Arbeit erst.

Mit Jochen Ahlswede sprach Hubertus Volmer



Bildunterschrift: In den USA schlug die "Human Interference Task Force" in den 1980er Jahren vor, Endlager mit einem Monument an der Erdoberfläche zu markieren. An den drei Obelisken in der Mitte sollten Warnungen angebracht sein, sie sollten zudem Informationen über den radioaktiven Abfall enthalten. - Foto: United States Department of Energy